

EINLEITUNG

Haushaltsslage im Freistaat Sachsen und die Auswirkungen auf die Polizei

Zweifelsohne hat der Doppelhaushalt Sachsen 2025/2026 drastische Auswirkungen auf die Polizei. Grund dafür ist nicht alleine das durch die Landtagswahlen unterbrochene Aufstellungsverfahren, sondern auch die drastischen Einnahmeeinbrüche für den Freistaat Sachsen.

Mehrfach und frühzeitig haben wir Gespräche mit den politischen Verantwortlichen geführt. Leider mussten wir feststellen, dass unsere Wünsche, aber auch Bedenken nahezu ignoriert wurden, wenn man z. B. auf den Einstellungskorridor, den Sanierungs- und Investitionsstau oder Ausstattung und Arbeitsbelastung abstellt.

Der aktuelle Doppelhaushalt wurde mit einem Volumen von rund 50 Mrd. Euro ver-

abschiedet: 24,9 Mrd. Euro für 2025 und 25,1 Mrd. Euro für 2026. Auch wenn die finanziellen Mittel gigantisch erscheinen und wir als Polizei mit unseren Kernaufgaben als „Schonbereich“ ausgewiesen und gesichert dargestellt werden, haben wir ein deutlich limitiertes Investitionsbudget.

Dieser parlamentarische Prozess zeichnete sich leider auch nicht durch lebendige Debatten aus. Änderungsanträge – insbesondere jene, die die Polizei stärken oder nachbessern sollten – fanden keine Mehrheit. Wir kritisierten die Landtagsdebatte als Farce, in der die Regierungsparteien offenbar im Vorfeld „cho-

reografiert“ agierten und so eine echte demokratische Auseinandersetzung verhinderten.

Fazit: Der Doppelhaushalt 2025/2026 sichert formal die Kernaufträge der Polizei, doch die dramatischen Kürzungen in zweistelligen Millionenbeträgen bei Personal,

Technik und Infrastruktur gefährden mittel- und langfristig die innere Sicherheit. Zudem war der parlamentarische Umgang mit den drängenden Polizeiproblemen enttäuschend und ließ politische Mehrheiten offenbar über sachliche Diskussion siegen – zur Sorge um Sicherheit und Vertrauen in den Staat. ■



Foto: GfP SN

INTERVIEW

Haushaltsslage im Freistaat Sachsen und die Auswirkungen auf die Polizei

Ein Interview mit Peer Oehler (Vorsitzender P-HPR und Mitglied im GLV)

DP: Habemus Haushaltsgesetz! Herrscht bei dir Freude?

Peer Oehler: Nicht wirklich. Nur weil das Übel der vorläufigen Haushaltsführung weg ist, kippt die Stimmung nicht gänzlich um. Man ist einfach nur nicht mehr „angefressen“.

DP: Du warst „angefressen“?

Peer Oehler: Na ja, schon ein wenig. Wir haben ja nur deshalb keinen Haushalt gehabt, weil das alte Parlament der 7. Legislaturperiode gesagt hat, dass es den Doppelhaushalt 2025/2026 dem neuen Landtag überlässt. Dass der das nach Wahl und Koalitionsverhandlungen nicht rechtzeitig schafft, war klar. Ein bisschen wie Arbeitsverweigerung mit uns als „Leidtragenden“.

DP: Aber jetzt ist wieder alles gut, ja?

Peer Oehler: Aus Sicht des Polizei-Hauptpersonalrates nicht.

DP: Was stimmt denn nicht?

Peer Oehler: Das Versprechen, dass Aufgabe und Personal zusammenpassen, wird wieder nicht erfüllt. Wir haben zu wenig Personal für die uns übertragenen Aufgaben.

DP: Wir hätten aber auch zu wenig Geld, um das Personal zu finanzieren, das die Aufgaben erfüllt, sagen CDU und SPD.

Peer Oehler: Der Gewerkschafter in mir fragt sich gerade, warum der Staat so arm ist, während das Geldvermögen der Haushalte steigt. Über 9.000 Milliarden Euro haben die deutschen Haushalte allein an Geldvermögen. 60 Prozent davon, also über 5.000 Milliarden Euro, liegen bei den reichsten 10 Prozent der deutschen Haushalte. Zur gleichen Zeit lag die Gesamtverschuldung von Bund Ländern und Kommunen bei ungefähr 2.450 Milliarden Euro.

DP: Aber du bist ja im Interview nicht Gewerkschafter, sondern Vorsitzender des Polizei-Hauptpersonalrates.

Peer Oehler: Trotzdem darf ich ja auf den Unterschied zwischen einem armen Staat und einem sich arm machenden Staat hinweisen.

DP: Aber bis zur revolutionären Lösung der gesellschaftlichen Gerechtigkeitsfrage bleibt das sächsische Staatssäckel klamm. Und da musst du Antworten haben. Oder nicht?

Peer Oehler: Ja, beides gehört zusammen. Und für die Antworten fühlt sich der Polizei-Hauptpersonalrat genauso zuständig.

DP: Schieß los!?

Peer Oehler: 1. Beurteilen der Lage einhalten! 2. Sich ehrlich machen! 3. Führungskultur ins 21. Jahrhundert holen!



DP: Dann sind alle Probleme gelöst?

Peer Oehler: Überhaupt nicht. Aber das sind die Voraussetzungen, um unsere Probleme lösen zu können.

DP: Beispiel?

Peer Oehler: Im Herbst 2023 habe ich auf den besorgniserregenden Trend bei der Ausfallquote in der Ausbildung in Richtung 20 Prozent hingewiesen. Die Zahlen lagen mir aus Bund und Ländern vor. Vor diesen Fakten hat der Landespolizeipräsident in der Fachkommission absichtlich die Augen verschlossen. So geht kein Beurteilen der Lage, weil wir dann Folgefehler bei Bewertung und Folgerung machen. Dass er jetzt zugibt, dass wir als P-HPR recht hatten, ist gut. Aber wir hätten in Bezug auf den Haushalt schon weiter sein können.

DP: Wie?

Peer Oehler: Wir haben im Frühjahr 2024 beantragt, 50 Beamte mehr einzustellen. Das wurde abgelehnt, weil es angeblich keine haushälterischen Möglichkeiten gab. Hätte man die Ausfallquote und das Gesamtproblem ehrlich kommuniziert, hätten wir schon zu dem Zeitpunkt die Antwort gehabt, die wir jetzt haben: Wir können die Anwärterstellen der Abbrecher weiterbewirtschaften. Damit wären 50 Auszubildende mehr in 2024 save gewesen.

DP: Dein zweiter Punkt war „Sich ehrlich machen!“! Lügen wir uns in die eigene Tasche?

Peer Oehler: Sagen wir so: Manchmal sind wir nicht ganz aufrichtig. Wir tun immer so, als ob wir jedes fachliche Problem lösen. Führungsgruppe für die VPIen? Klar! Und dann bitte selbst in der PD erwirtschaften. Woher kommt das Personal? Verfassungstreuecheck bei der Einstellung via OSINT-Recherche? Klar! Aber das machen wir nebenbei und mit Nebenamtlern. Konzeptionen FLZ, Übungsleiter und Einsatztraining? Wir schreiben Dinge auf und halten sie nicht ein. Ich bin ein Kind der DDR. Ich habe manchmal den Eindruck, dass die Welt unserer Proklamationen immer weniger mit dem real existierenden Leben der Polizistinnen und Polizisten zu tun hat.

DP: Von der DDR sind wir aber weit weg.

Peer Oehler: Ja, aber ich hab auch keinen Bock, noch näher ranzurutschen.



Foto: GdF SN

DP: Wie nahe sind wir denn am Autoritären?

Peer Oehler: Da muss ich bei der Antwort vorsichtig sein, und darin liegt gleichzeitig schon ein Teil der Antwort. Ich habe den Eindruck, dass man in der politischen und polizeilichen ministeriellen Führung belohnt wird, wenn man sagt, was man hören will, und verdammt, wenn man etwas sagt, was als Widersprechen angesehen wird.

DP: Das ist dann der dritte Punkt „Führungskultur ins 21. Jahrhundert holen!“?

Peer Oehler: Genau. Wir finden bessere Lösungen nur mit einer Organisationskultur, die in Erwägung zieht, es könne überhaupt besser gehen. Seine eigenen Entscheidungen als Führungskraft infrage stellen zu lassen, ist aber nicht gerade en vogue in der Polizei. Das mag bei den jungen Führungskräften noch anders sein. Aber mir fallen in meiner Führungsgeneration schon noch zwei, drei hochrangige Exemplare ein, die den Beschäftigten das Gefühl geben, sie sollen gehorchen, und das reicht dann auch.

DP: Was hat das mit dem Haushalt zu tun?

Peer Oehler: Wenn ich Führungskräfte nach dem Gehorsamkeitsparadigma auswähle, heißt das nicht, dass die nicht innovativ sein können. Aber es bleibt eben dem

Zufall überlassen, ob sie es sind, denn die Fähigkeit, Dinge nach oben streitig infrage zu stellen, ist nicht Bestandteil des Gehorsamkeitsparadigmas. Wir stehen aber vor dem Problem der Dauerveränderung. Das lässt sich nur mit einem Innovationsgeist lösen, der vor Amtsautorität nicht haltmacht.

DP: Noch mal, was hat das mit dem Haushalt zu tun?

Peer Oehler: Wir werden rein arithmetisch begründet nicht so aufwachsen, wie es die Erfüllung der gegenwärtigen Aufgaben in der gegenwärtigen Organisation nach fachlichen Standards erfordert. Ohne eine Führungskultur, die Beschäftigte in den Veränderungsprozess einbezieht, die alles infrage stellt, die Mut zu Neuem und Mut zum Vertrauen in die Belegschaft hat, werden wir keine im gegenwärtigen Staatsfinanzierungsmodell finanzierbare Organisationsform finden, die den fachlichen Anspruch an die polizeiliche Aufgabenerfüllung mit dem Leistungsvermögen der Bediensteten in Einklang bringt. Die Ansprüche an einen Sparkurs in der Polizei, den wir doof finden können oder nicht, werden ohne gute und moderne Führung entweder zu fachlichen Defiziten oder fehlender Berufsattraktivität oder beidem führen.

Redaktionsschluss

Bitte beachten: Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen war für die Ausgabe Oktober 2025 der 18. August 2025, für November ist es der 22. September 2025 und für Dezember 2025 der 27. Oktober 2025.

Hinweise: Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung, den Zeitpunkt der Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel/Leserbriefe stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. **Die Redaktion**

DP: Dann hau mal eine Innovation raus!

Peer Oehler: Als Vorsitzender des P-HPR habe ich ein Stück weit ein imperatives Mandat und kann nicht einfach so meine Meinung zur Gremiumsmeinung machen. Was ich antworten würde, wäre also nur Oehlers persönliche Auffassung.

DP: Die reicht mir auch.

Peer Oehler: Gegenwärtig leben wir mit einem Stellenplanprinzip, und das, was an Finanzvolumen hinter diesen Stellen steht, wird im Leben nicht ausgegeben. Diese Ausgabereiste gehen zurück ans Finanzministerium, sind aber vorher haushaltsrelevant. Dagegen gibt es auch die Möglichkeit der Budgetierung. Die Polizei bekäme kei-

ne Stellen, sondern ein Finanzvolumen und könnte das nach eigener Bewirtschaftungsbefugnis zuweisen. Einige sagen, dass man damit paradoxerweise besser wirtschaften kann, und ich glaube das persönlich auch.

DP: Wo soll der Gewinn für die Belegschaft sein?

Peer Oehler: Wenn die Beschäftigten eine klare Bewertung ihrer Dienstposten vorfinden und dann auch so bezahlt werden, wie es die Dienstpostenbewertung vorsieht, wäre das endlich ein Minimum an Besoldungshygiene. Zweite Chance, aber auch Bedingung: Der Personalrat wirkt bei dieser Form der Bewirtschaftung mit und wird ernsthaft interessenausglei-

chend miteinbezogen. Daran wird es bei uns in der Polizei Sachsen am ehesten scheitern.

DP: Ok. Und bis die Utopien wahr werden? Was ist die Arbeitsrichtung des P-HPR?

Peer Oehler: Fachanforderungen definieren und umsetzen. Dann sich ergebende Lücken benennen und dem Gesetzgeber über die Berufsverbände spiegeln. Der darf dann entscheiden, ob er die Aufgabe reduziert oder das Personal doch erhöht bzw. Technik und Liegenschaft vorhält oder eine Führung einsetzt, die in der Lage ist, mit der Belegschaft und der Belegschaftsvertretung gemeinsam den Konflikt zu bewältigen. ■

Ein Kommentar von Jörg Günther, Mitglied im GLV der GdP Sachsen

Bei einer Debatte denkt man unweigerlich an eine mitunter streitbare Auseinandersetzung zwischen zwei Personen, die unterschiedliche Standpunkte vertreten – mit dem Ziel, das bestmögliche Ergebnis zu erreichen. Auch von der Haushaltsdebatte im Sächsischen Landtag hatte ich das in meinem jugendlichen Leichtsinn angenommen: dass es um die Suche nach der bestmöglichen Haushaltsverteilung für uns Sachsen geht.

Durch die Medien und die jeweiligen Parteien wurde frühzeitig kundgetan, dass unser Land mit weniger Geld auskommen muss. Die Frage war also: Wo besteht die Möglichkeit, etwas zu sparen? Welche Ausgaben können wir ohne größere negative Auswirkungen in den nächsten Haushalt verschieben?

Das mache ich auch im Privaten so. Ich wäge genau ab: Was muss jetzt wirklich sein und was kann warten? Dabei überlege ich meistens, was passiert, wenn ich es jetzt so mache. Wird es hinterher teurer? Oder verberge ich mir gerade die Chance, mit etwas geringem Aufwand eine wichtige Sache am Laufen zu halten? Wie groß ist

mein Schaden, wenn ich anderem den Vorschub gebe?

So oder ähnlich hatte ich mir die Haushaltsdebatte vorgestellt – teilweise ergebnisoffen. Ich bin halt naiv.

Während durch die Opposition durchaus sinnvolle und nachvollziehbare Problemfelder angesprochen und Vorschläge dem Hohen Haus unterbreitet wurden, kam von der Regierungsfraktion und ihren Verbündeten stets ein trotziges „Das Geld reicht nicht“ als Ablehnung. „Haben Sie Finanzierungsvor-

schläge dazu?“, wurde gefragt – und diese wurden dann natürlich als unzumutbar abgewatscht. Teilweise wurde unter Schmunzeln abgestimmt. Die entsprechenden Mehrheiten waren ja intern längst geklärt.

Bei einigen Vorschlägen wurde auf das zu erwartende Geld aus dem „Sondervermögen“ des Bundes verwiesen – wobei niemand weiß, ob, wann und wie viel wirklich kommt.

Hoffen und Harren hält manchen zum Narren! Während meiner Anwesenheit im Landtag wurden verschiedene Gruppen von Jugendlichen auf die Gästetribüne geführt, um an diesem denkwürdigen Ereignis teilzunehmen und sich politisch zu bilden. Ich frage mich nun allen Ernstes: Was für ein Bild haben diese Jugendlichen mitgenommen? Sinnvoller Vorschlag – „Wir haben kein Geld dafür“ – abgelehnt. Bäh!

Nach meinem Kenntnisstand wurde kein Vorschlag wenigstens in Erwägung gezogen.

Ein langer Tag für unsere Politiker – und natürlich auch für die Beschäftigten des Landtages –, den man sich eigentlich hätte sparen können. ■



Foto: GdP SN



Gemeinsam stark: warum die GdP unverzichtbar ist – heute mehr denn je

In einer Zeit, in der gesellschaftliche Herausforderungen, politische Umbrüche und strukturelle Veränderungen den Berufsalltag von Polizeibeschäftigten zunehmend beeinflussen, ist eine starke Interessenvertretung kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist genau diese Stimme – laut, verlässlich und engagiert. Ihr Ziel ist klar: Sie muss und will die stärkste Polizeigewerkschaft im Freistaat Sachsen bleiben. Und das ist kein Selbstläufer, sondern eine Herkulesaufgabe.

Warum eine Gewerkschaft unverzichtbar ist

Eine Gewerkschaft ist weit mehr als ein Zusammenschluss von Beschäftigten. Sie ist Schutzschild, Sprachrohr und Gestalter. Sie sorgt dafür, dass die Interessen der Kolleginnen und Kollegen nicht im Verwaltungsräumen untergehen, sondern gehört und berücksichtigt werden – sei es bei Arbeitszeitregelungen, Besoldungsfragen, Ausstattung oder bei der psychischen Gesundheit im Dienst.

Gerade im Polizeidienst, wo Belastung, Verantwortung und Risiken hoch sind, braucht es eine Organisation, die nicht nur mitredet, sondern mitgestaltet. Die GdP tut genau das – mit Fachkompetenz, Erfahrung und einem klaren Wertekompass.

Die GdP als starker Partner gegenüber dem Arbeitgeber

Gewerkschaftsarbeit ist auch Beziehungsarbeit. Die GdP ist ein verlässlicher und konstruktiver Gesprächspartner gegenüber dem Innenministerium und anderen Entscheidungsträgern. Sie bringt die Perspektive der Basis ein, fordert Verbesserungen ein und be-

gleitet Reformprozesse kritisch, aber lösungsorientiert.

Ein starker gewerkschaftlicher Rückhalt bedeutet für den Arbeitgeber auch Stabilität. Denn nur wer seine Beschäftigten ernst nimmt und ihnen über die Gewerkschaft eine Stimme gibt, schafft Vertrauen und Motivation. Die GdP ist damit nicht nur Interessenvertretung, sondern auch Brückenbauer zwischen Belegschaft und Führung.

Freunde werben Freunde

GdP-Mitglieder erhalten für jedes geworbene Mitglied 60 €*



Aktionszeitraum:
 01.08.2025
 bis
 31.01.2026

Hier gleich Mitglied werden:





**Gewerkschaft
der Polizei
Sachsen**

oder einen Mitgliedsantrag in eurer BG/KG erwerben und ausfüllen

*ausgenommen sind Funktionsträger der GdP und einwerben von Beamte/innen auf Widerruf

Foto: GdP-SN

werden, dass Solidarität kein verstaubtes Konzept ist, sondern ein modernes Werkzeug zur Mitgestaltung ihrer beruflichen Zukunft.

Hier sind wir auch auf unsere Bestandsmitglieder angewiesen: Sie tragen eine entscheidende Verantwortung, die GdP aktiv zu unterstützen – nicht nur durch ihre Mitgliedschaft, sondern auch durch persönliche Ansprache und Vorbildwirkung. Gerade gegenüber jenen, die den Wunsch haben, den Polizeiberuf zu ergreifen und jetzt ihre Ausbildung an den Polizeifachschulen oder ihr Studium in Bautzen und Rothenburg beginnen, ist es wichtig, Präsenz zu zeigen und die Vorteile der GdP greifbar zu machen. Denn wer früh erkennt, dass gewerkschaftliche Gemeinschaft Rückhalt und Mitbestimmung bedeutet, wird sich langfristig engagieren.

Die GdP muss dabei nicht nur sichtbar, sondern auch spürbar sein – auf der Dienststelle, bei Veranstaltungen, in sozialen Medien. Sie muss zeigen: Wer Mitglied ist, ist nicht allein. Wer Mitglied ist, darf Einfluss nehmen. Und wer Mitglied ist, gestaltet mit.

Fazit: Stärke durch Gemeinschaft

Die GdP ist mehr als eine Organisation – sie ist eine Bewegung. Eine Bewegung für bessere Arbeitsbedingungen, für mehr Wertschätzung und für eine Polizei, die nicht nur funktioniert, sondern auch menschlich geführt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es Engagement, Zusammenhalt und den festen Willen, die stärkste Stimme der Polizei in Sachsen zu bleiben.

Denn nur gemeinsam sind wir stark. Und nur mit einer starken GdP bleibt die Polizei eine Kraft, auf die sich die Gesellschaft verlassen kann. ■

DP – Deutsche Polizei
Sachsen

Geschäftsstelle
Sachsenallee 16, 01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 687-13
Telefax: (035204) 687-50
www.gdp-sachsen.de
service@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Mike Pfützner (V.i.S.d.P.)
Sachsenallee 16,
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68713
Telefax: (035204) 68750
Redaktion@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 687-14
Telefax: (035204) 687-18
www.psw-service.de
psw@psw-service.de



Rückblick: 1st European Soccer Cup for Special Intervention Units

Liebes Team der GdP-Sachsen,

im Juni 2024 aufgrund einer Hochwasserlage ausgefallen, war es am 12. Juni 2025 endlich so weit! Ein erneuter Ausfall des durch die österreichische Spezialeinheit EKO Cobra organisierten Turniers – 1st European Soccer Cup for Special Intervention Units – aufgrund einer am 10. Juni 2025 stattgefundenen Amoklage in Graz bestätigte sich glücklicherweise nicht.

18 Mannschaften aus vier Ländern versuchten, sich in Wien zum ersten Fußballeuropameister der Spezialeinheiten zu küren. Der Wettkampf war geprägt von sportlicher Fairness, großem Ehrgeiz und länderübergreifendem Austausch.

Neben den Geschehnissen in Graz gab es einen weiteren Schatten über der Veranstaltung. Mit dem gebührenden Respekt und ei-

Foto: GdP-BG LKA



ner folgenden Andacht wurde auf zwei Trauerfälle innerhalb der Spezialeinheiten (einer davon im SEK Sachsen) aufmerksam gemacht.

Diese Art von Veranstaltung fordert nicht nur zum sportlichen Wettkampf, sondern hält vielmehr das internationale Gefüge der Spezialeinheiten zusammen. Einmal mehr zeigte daher diese Zusammenkunft, welch starkes Band alle Spezialeinheiten eint und global ver-

bindet. Neben einer Gedenkminute wurden innerhalb der Teams und vor allem durch die Cobra selbst viele Gelder gesammelt, um den hinterbliebenen Angehörigen etwas finanziellen Rückhalt zu schaffen. Die Cobra aus Österreich krönte sich schlussendlich verdient durch starke Leistung zum 1. Europameister.

Aufgrund der angespannten Haushaltslage konnte die dienstliche Reise zur Veranstaltung nicht genehmigt werden, sodass die Teilnehmer die Reise aus privaten Mitteln und mit Unterstützung der GdP Sachsen, Bezirksgruppe LKA, durchführten.

**Verbleibend mit kollegialen Grüßen
Dezernat 42**

Sport, Sonne und Teamgeist – erster „Tag der Bewegung“ des Polizeireviers Leipzig-Nord

Susann Neuber

BG PD Leipzig

Am 12. August 2025 fand bei sommerlich-heißem Wetter auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei Leipzig der erste „Tag der Bewegung“ des Polizeireviers Leipzig-Nord statt. Bereits im Vorfeld zeigten sich die Organisatorinnen und Organisatoren begeistert über die hohe Zahl sportbegeisterter Anmeldungen.

Pünktlich um 9 Uhr eröffnete der Leiter des Polizeireviers, Polizeioberst Colin van de Loo, die Veranstaltung, die im Rahmen des behördlichen Gesundheitsmanagements durchgeführt wurde. Dann hieß es: Sport und Spaß pur! Über das Gelände verteilt wurde geschwitzt, gelacht und gelernt – ob bei sportlichen Stationen, Seminaren zur Stressbewältigung oder in geselliger Pausenrunde.

Die GdP-Frauengruppe Sachsen und die Bezirksgruppe Leipzig unterstützten tatkräftig vor Ort – mit Getränken, Snacks, Sonnencreme, Baseballkappen und viel Applaus. Dabei ergaben sich viele gute Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen.

Den sportlichen Abschluss bildete ein spannendes Beachvolleyballturnier, das für ausgelassene Stimmung sorgte. Die Resonanz war so positiv, dass bereits überlegt wird, im nächsten Jahr eine eigene Mannschaft der GdP-Frauen an den Start zu bringen. ■



Foto: GdP-BG L



Personalratswahl 2026 – eure Stimme zählt. Unsere Kandidaten brauchen euch!

Im Mai 2026 ist es wieder so weit: Die Personalratswahlen bei der Polizei im Freistaat Sachsen stehen an. Ein entscheidender Moment – nicht nur für die GdP, sondern für alle Beschäftigten, die tagtäglich ihren Dienst für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger leisten. Und genau deshalb beginnt die GdP schon seit geraumer Zeit mit den Vorbereitungen. Denn wer gestalten will, muss zuhören. Wer Verantwortung übernehmen will, muss wissen, was bewegt.

Was beschäftigt euch? Was muss sich ändern?

Die GdP hat eine Umfrage gestartet – direkt, ehrlich und offen. Wir wollen wissen, wo der Schuh drückt. Welche Probleme und Nöte müssen angepackt werden? Was muss ein Personalrat für euch tun, damit der Dienstalltag nicht nur funktioniert, sondern auch fair und menschlich bleibt?

Diese Umfrage ist kein Selbstzweck. Sie ist das Fundament für unsere Kandidatinnen und Kandidaten, die sich mit Herzblut und Engagement aufstellen lassen. Sie wollen nicht nur gewählt werden – sie wollen etwas bewegen. Und dafür brauchen sie das Rüstzeug: eure Meinung, eure Erfahrungen, eure Erwartungen.

Die GdP geht wieder mit starken Listen ins Rennen

Auch 2026 wird die GdP mit eigenen Listen antreten – mit Kolleginnen und Kollegen, die nicht nur kompetent sind, sondern auch den Mut haben, Verantwortung zu übernehmen. Menschen, die wissen, was es heißt, im Streifendienst zu stehen, in der Verwaltung zu arbeiten oder in der Ausbildung zu kämpfen. Sie bringen Erfahrung mit – und den festen Willen, für euch einzustehen.

Doch eines ist klar: Ohne eure Unterstützung geht es nicht. Die GdP möchte weiterhin die treibende Kraft in den Personalräten bleiben. Dafür brauchen wir euch – als Wählerinnen und Wähler, als

DU HAST DIE WAHL – SAG UNS WAS DU DENKST

UMFRAGE
zur Personalratsarbeit
der GdP Sachsen

Deine Meinung zählt!

Gestalte mit uns die Zukunft deiner Interessenvertretung.



Jetzt mitmachen:

QR-Code scannen oder
auf gdp-sachsen.de
mitmachen & sagen,
was dir wichtig ist.

Eine Initiative der



Hinweis zur Durchführung: Die Umfrage erfolgt anonym über Mentimeter.com.

Foto: GdP-SN

Jetzt mitmachen: Eure Beteiligung zählt!

Die Umfrage läuft – und sie lebt von euch. Von eurer Offenheit, eurer Ehrlichkeit und eurem Willen, mitzugestalten. Die GdP hofft auf eine zahlreiche, sinnbringende und lebendige Beteiligung. Denn nur wer mitredet, wird gehört. Und nur wer gehört wird, kann etwas verändern. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Personalratswahl 2026 ein starkes Zeichen setzt – für Mitbestimmung, für Zusammenhalt und für eine Polizei mit ihren Beschäftigten, die nicht nur funktioniert, sondern auch füreinander da ist.

GdP – Gemeinsam. Stark. Für euch.

DU HAST DIE WAHL – SAG UNS WAS DU DENKST

UMFRAGE
zur Personalratsarbeit
der GdP Sachsen

Deine Meinung zählt!
Gestalte mit uns die Zukunft deiner Interessenvertretung

- Wie zufrieden bist du mit der Arbeit der GdP-Mitglieder im örtlichen Personalrat (ÖPR)?
☐ sehr zufrieden ☐ eher zufrieden ☐ weniger zufrieden ☐ unzufrieden ☐ keine Meinung
- Wie zufrieden bist du mit der Arbeit der GdP-Mitglieder im Polizei-Hauptpersonalrat (P-HPR)?
☐ sehr zufrieden ☐ eher zufrieden ☐ weniger zufrieden ☐ unzufrieden ☐ keine Meinung
- Welche Themen sollten aus deiner Sicht in den Personalräten prioritär behandelt werden?
☐ Arbeitszeit / Dienstplanung ☐ Besoldung / Zulagen ☐ Eingruppierung Tarifpersonal
☐ Arbeitsbedingungen / Liegenschaften ☐ Gesundheit & Belastungsausgleich
☐ Vereinbarkeit von Familie & Beruf ☐ Nachwuchsgewinnung & Ausbildung
☐ gute Führung / Beteiligung & Transparenz ☐ Technik / Ausstattung ☐
- Mit welchen Eigenschaften bringst du deinen ÖPR gegenwärtig in Verbindung?
☐ verlässlich ☐ durchsetzungsstark ☐ nah an der Basis ☐ kommunikativ & offen
☐ kompetent & fachlich stark ☐ unabhängig ☐ lösungsorientiert ☐
- Mit welchen Eigenschaften bringst du den P-HPR gegenwärtig in Verbindung?
☐ verlässlich ☐ durchsetzungsstark ☐ nah an der Basis ☐ kommunikativ & offen
☐ kompetent & fachlich stark ☐ unabhängig ☐ lösungsorientiert ☐
- Was erwartest du ganz konkret von der GdP in der nächsten Wahlperiode?

- Wirst du bei der nächsten Personalratswahl die GdP-Liste wählen?
☐ ja ☐ wahrscheinlich ja ☐ noch unentschieden ☐ wahrscheinlich nicht ☐ nein

Eine Initiative der





INFO-DREI

Kennzeichnungspflicht in ...

... Sachsen

Mit dem Inkrafttreten des § 136a SächsBG am 1. Mai 2024 führt Sachsen ein System zur anonymisierten Kennzeichnung (WKZ) von Polizeikräften in Einsatzeinheiten ein. Ziel ist die Identifizierbarkeit einzelner Beamter bei geschlossenen Einsätzen, ohne deren Sicherheit zu gefährden. Die Maßnahme wurde bereits 2019 angekündigt und soll staatliches Handeln transparenter machen sowie Bürgerrechte stärken. Die WKZ betrifft Gruppen, Züge oder Hundertschaften unter einheitlicher Führung, die für gemeinsame Einsätze vorgesehen sind. Seit Mai 2024 müssen uniformierte Einsatzkräfte eine sichtbare WKZ mit dem Kürzel „SN“ und einer fünfstelligen Nummer tragen. Die erste Ziffer steht für die Dienststelle, die übrigen werden per Zufallsroutine vergeben. Die zugehörigen Daten werden nur bei konkretem Verdacht verwendet. Die WKZ erfolgt über Klettschilder auf vorbereiteter Schutzkleidung wie Einsatzoveralls, Regenjacken oder ballistischen Westen. Da die bisherige Körperschutzausrüstung ungeeignet war, wurde eine neue modulare Schutzkleidung eingeführt, die neben verbesserter Schutzleistung auch mehr Tragekomfort bieten soll. Mittlerweile haben alle Einsatzeinheiten eine WKZ. Die WKZ-Pflicht entfällt, wenn bei einem Einsatz keine polizeilichen Eingriffsmaßnahmen zu erwarten sind. In solchen Fällen muss der Einsatzleiter den Verzicht begründen und dokumentieren. Die Maßnahme soll nicht nur die Transparenz fördern, sondern auch verhindern, dass unbeteiligte Beamte fälschlich in Ermittlungen einbezogen werden. Gleichzeitig wird dem polizeilichen Gegenüber ermöglicht, im Nachgang Rechtsansprüche gezielt geltend zu machen. Die Einführung der WKZ stellt einen bedeutenden Schritt in Richtung rechtsstaatlicher Kontrolle und Schutz der Einsatzkräfte dar. Sie vereint Transparenz mit dem berechtigten Anspruch auf Anonymität und Sicherheit. Derzeit läuft eine Anfrage, wie oft die WKZ durch Bürger abgefragt wurden.

Mike Pfützner

... Sachsen-Anhalt

Mit Wirkung zum 1. Juli 2018 wurde in Sachsen-Anhalt durch § 12 Abs. 3 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA) eine gesetzlich normierte Pflicht zur namentlichen Kennzeichnung von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten eingeführt; die Kennzeichnungspflicht-Verordnung Sachsen-Anhalt (KennzPV-LSA) enthält nähere Bestimmungen zur Ausgestaltung und Anbringung. Ziel der Regelung ist die Ermöglichung einer individuellen Identifizierbarkeit einzelner Einsatzkräfte, insbesondere bei Großeinsätzen oder in Situationen, in denen der Vorwurf eines polizeilichen Fehlverhaltens im Raum steht. Von der Pflicht zur Führung eines Namensschildes wird abgesehen, wenn im konkreten Einsatzfall der Zweck der Amtshandlung oder überwiegende schutzwürdige Belange der Einsatzkräfte beeinträchtigt würden. In diesen Fällen ist eine zur nachträglichen Identifizierung geeignete fünfstelligen Dienstnummer zu tragen. Für Einsatzeinheiten ist eine gesonderte taktische Kennzeichnung vorgesehen, bestehend aus der Buchstabenfolge „ST“ und einer fünfstelligen Ziffernfolge. Spezialeinheiten, die Polizeihubschrauberbesatzung, Polizeitaucher und die Ehreneskorte sind von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen. Die Regelung zur Kennzeichnungspflicht ist eingebettet in ein System gegenseitiger Verantwortung und Transparenz, das sowohl die Rechenschaftspflicht gegenüber der Bevölkerung als auch den Schutz der Beamtinnen und Beamten gewährleistet. Das Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt hat die Verfassungsmäßigkeit der Kennzeichnungspflicht im Jahr 2019 bestätigt. Nach seiner Entscheidung ist die Regelung mit den Grundrechten der Einsatzkräfte vereinbar, sofern eine gesetzliche Grundlage besteht und der Schutz der Persönlichkeitsrechte durch Vorkehrungen sichergestellt wird.

Angela Bauske

... Thüringen

Die Einführung der numerischen Kennzeichnung (nK) für Polizeibeamte in den Einsatzeinheiten der Thüringer Polizei wurde durch die Koalitionspartner der Landesregierung im Koalitionsvertrag vom 20. November 2014 beschlossen. Ziel war es, das Vertrauen in die Thüringer Polizei durch Offenheit, Transparenz des Handelns und Identifikation mit dem örtlichen Bereich zu stärken. Polizeiliches Handeln entspricht rechtsstaatlichen Prinzipien und ist jederzeit rechtlich überprüfbar. Bindung an Recht und Gesetz, Weisungsgebundenheit und individuelle Verantwortung bei der Durchführung polizeilichen Handelns bilden eine Einheit. Deshalb tragen Polizeivollzugsbeamte im Einsatz- und Streifendienst an der Dienstkleidung das Namensschild. Auch im geschlossenen Einsatz der Einsatzeinheiten bleibt die persönliche Verantwortung der Beamtinnen und Beamten neben der Bindung an Befehle und Weisungen bestehen. Zugleich erfordern die besonders konfliktträchtigen Situationen im geschlossenen Einsatz und die überwiegende Anonymität des polizeilichen Gegenübers auch den Schutz der Persönlichkeit der Einsatzkräfte vor möglichen Übergriffen. Mit Erlass vom 2. März 2017 regelte das Thüringer Innenministerium auch die Voraussetzungen einer Repersonalisierung der nK zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten, Durchführung von disziplinarischen Ermittlungen und/oder der Bearbeitung von Beschwerden und Petitionen. Dort heißt es: „Zuvor sind andere Möglichkeiten zur Identifizierung der Beamten auszuschöpfen.“ Die Repersonalisierung ist vom Präsidenten der LPD zu autorisieren. Die örtlichen Personalvertretungen werden nur über die Maßnahme an sich, nicht über den Grund, geschweige über das Ergebnis informiert. Der öPR der BPTh wurde im Jahr 2024 über sechs Repersonalisierungen unterrichtet. Valide zusammenführbare landesweite Zahlen sind nicht bekannt.

Marko Dähne